

Finanzierungssalden der volkswirtschaftlichen Sektoren

Die Finanzierungssalden (Überschüsse oder Defizite) der großen volkswirtschaftlichen Sektoren können grundsätzlich aus zwei verschiedenen Quellen errechnet werden: aus der Volkseinkommensrechnung oder aus der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (Flow-of-Funds-Rechnung). Im ersten Fall werden Einnahmen und Ausgaben der Sektoren saldiert, im zweiten Fall Geldkapitalbildung (Bruttosparen) und Außenfinanzierung (Kreditaufnahmen). Beide Berechnungsmethoden sollten sich nur durch statistische Differenzen voneinander unterscheiden (Näheres dazu siehe *Mooslechner — Nowotny, 1980*). In dieser Arbeit wurden in erster Linie OECD-Berechnungen der Finanzierungssalden verwendet, die sich auf die Volkseinkommensrechnung stützen (Übersicht 1). Für einige Länder wurden die Finanzierungssalden auch mit Hilfe der Flow-of-Funds-Statistiken errechnet. Solche Flow-of-Funds-Rechnungen sind seit einigen Jahren auch für Österreich verfügbar (*Mooslechner, 1982; Anhang*). Die **Summe der Finanzierungssalden** von Privathaushalten, Unternehmen (einschließlich Finanzinstitutionen), öffentlichen Haushalten (einschließlich Gebietskörperschaften) und Auslandssektor ergibt **Null** — wenn man von statistischen Differenzen absieht. Der Finanzierungssaldo des Auslandssektors entspricht der Leistungsbilanz mit umgekehrtem Vorzeichen. Nach dem theoretischen Konzept sollten die Wohnbauinvestitionen den Haushalten und die Mittelbetriebe dem Unternehmenssektor zugerechnet werden. Das ist aber aus statistischen Gründen oft nicht möglich. In Österreich umfaßt der Haushaltssektor alle Unternehmen, die nicht zu den Kapitalgesellschaften und Bundesbetrieben zählen. Die Investitionen und Abschreibungen werden dagegen ganz dem Unternehmenssektor zugerechnet. Die Überschüsse der privaten Haushalte sind dadurch überhöht.

In algebraischer Form lassen sich die Beziehungen zwischen den Finanzierungssalden folgendermaßen darstellen:

$$(SH - H) = (I - SU) + (G - T) + (X - M)$$

Überschuß der privaten Haushalte Kredit-
aufnahmen der Betriebe Defizit der öffentlichen Haushalte Leistungs-
bilanzsaldo

SH = Haushaltssparen netto,
 H = Investitionen der Haushalte (Wohnbau).
 I = Investitionen der Unternehmen,
 SU = Sparen der Unternehmen netto,
 G = Ausgaben der öffentlichen Haushalte,
 T = Einnahmen der öffentlichen Haushalte,
 X = Exporte i. w. S.,
 M = Importe i. w. S.

in diesem Begriffsapparat nicht über die Mengen (Konjunktur), sondern über völlig flexible Preise hergestellt

Empirische Fakten, wie sie in dieser Arbeit dargestellt werden, sollen zur Klärung dieser Fragen und zur Objektivierung der wirtschaftspolitischen Diskussion beitragen.

In jedem Fall — Anhänger welcher Theorie man auch sein mag — macht die eingangs dargestellte Beziehung eines deutlich: Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen können das Budgetdefizit nur in dem Maß verringern, als

- die Überschüsse der privaten Haushalte geringer werden und/oder
- die Netto-Kreditaufnahmen der Unternehmen steigen und/oder
- sich die Leistungsbilanz bessert.

Weit verbreitete Vorstellungen wie "Wir müssen alle mehr sparen, damit die Budgetdefizite finanziert werden können" sind schwer haltbar. Wenn die Überschüsse des privaten Sektors steigen, dann erhöhen sich — bei unverändertem Auslandssaldo — auch die Budgetdefizite. Die Finanzierbarkeit der Budgetdefizite erscheint damit in einem völlig anderen Licht. Auch die Grenzen einfacher Budgetextrapolationen, welche die Entwicklung der anderen Finanzierungssalden außer acht lassen, werden bei dieser Betrachtungsweise offenkundig.

Sparen der privaten Haushalte

Die privaten Haushalte sind typische Gläubiger. Ihre Einkommen übersteigen in der Regel ihre Konsumausgaben (und Wohnbauinvestitionen), ihre Geldkapitalbildung geht weit über ihre Kreditaufnahmen hinaus (siehe dazu die schematische Darstellung der Einnahmen-Ausgaben-Bilanz). Die Finanzüberschüsse der privaten Haushalte ("Net lending" oder Geldverleih der Haushalte = "Net saving" oder Haus-

Einnahmen-Ausgaben-Bilanz der privaten Haushalte

Kreditaufnahmen	Geldkapitalbildung	
Persönlich verfügbares Einkommen	Net saving	Net lending
		Wohnbau
	Konsum	

Entwicklung des staatlich geförderten Sparvolumens
(Jahresendstände)

	Gesamt volumen		Bausparvolumen		Prämiensparvolumen		Volumen steuerbegünstigt erworbener Rentenwerte ¹⁾		Forderungen der Versicherten gegen Lebensversicherungsunternehmen ²⁾	
	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %
1979	166 728	100,0	62 853	37,7	28 720	17,2	38 251	22,9	36 904	22,1
1980	191 528	100,0	73 791	38,5	37 609	19,6	35 701	18,6	44 427	23,2
1981	208 751	100,0	76 821	36,8	45 722	21,9	33 151	15,9	53 057	25,4
1982	204 671	100,0	75 952	37,1	36 558	17,9	30 601	15,0	61 560	30,1

Q: Österreichische Nationalbank, eigene Berechnungen — ¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Deckungsrückstellung, Prämienüberträge, Rückstellungen für schwebende Versicherungsleistungen und Rückkäufe, Rückstellungen für Prämienrückerstattung bzw. Gewinnbeteiligung der Versicherungsnehmer, sonstige versicherungstechnische Rückstellungen, Depotverbindlichkeiten an Versicherungsunternehmen

Die Kapitalerträge der Lebensversicherungen sind 1982, wie schon in den vergangenen Jahren, kräftig gewachsen. Die Netto-Vermögenserträge waren um 27,6% höher als 1981 und erreichten mit 5,6 Mrd. S fast die Hälfte der Bruttoprämien. Zu dieser Entwicklung trugen sowohl das Wachstum der Kapitalanlagen als auch die erhöhte Rentabilität der Anlagen bei. Die Kapitalanlagen sind 1982 um fast 17% gewachsen; ihr Bilanzwert betrug zu Jahresende 63,1 Mrd. S. Die durchschnittliche Rendite der Kapitalanlagen ist — entgegen der Zinsentwicklung auf den Kapitalmärkten — weiter gestiegen, und zwar von 9,2% im Jahr 1981 auf 10,0% 1982. Es zeigt sich — soweit dies aus Jahresdaten erkennbar ist —, daß die Rentabilität der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen der Entwicklung des Marktzinsniveaus mit einer gewissen Verzögerung folgt. Dies trifft vor allem auf die Lebensversicherung zu, in der längerfristige Anlagen eine größere Rolle spielen als in den anderen Sparten.

Im Rahmen des staatlich geförderten Sparens hatte das Versicherungssparen bis Ende der siebziger Jahre relativ an Bedeutung verloren. Seither hat sich diese Entwicklung jedoch umgekehrt. Der Anteil des Versicherungssparens am gesamten geförderten Sparvolumen ist von rund 22% in den Jahren 1978 und 1979 auf 30% im Jahr 1982 gestiegen. Dies beruht auf zwei Faktoren: Einerseits haben sich die Forderungen der Versicherten gegen Lebensversicherungsunternehmen seit 1978 auf über 61 Mrd. S verdoppelt. Andererseits wurde 1979 die Förderung des Wertpapier- und Prämiensparens abgeschafft, sodaß bei diesen Anlageformen die Bestände auf Grund von Tilgungen und Auszahlungen bereits sinken. Außerdem wurde 1979 die Bausparförderung verringert. Das dämpfte, zusammen mit dem Zinsanstieg bei den nichtgeförderten Spareinlagen, die Bauspartätigkeit. Ende 1981 war das Bausparvolumen nur um 4,1% höher als zu Jahresbeginn, 1982 sank es um 1,1%.

Im Jahr 1982 wurde das staatlich geförderte Sparen um zwei neue Anlageformen erweitert. Im Bereich des Versicherungssparens wurde eine neue Er- und Ablebensvariante eingeführt, bei der die staatliche Förderung durch eine Prämie anstelle der beim Ver-

sicherungssparen sonst üblichen Sonderausgabenregelung erfolgt. Bis zu einer Jahresprämie von 5.000 S bei zwölfjähriger Laufzeit leistet der Staat einen Zuschuß von 25% der Bruttoprämie⁵⁾. Neu ist außerdem die Möglichkeit einer vorzeitigen Auslosung. Unter Berücksichtigung der durch diese Trefferchance sowie durch die mögliche Gewinnbeteiligung bedingten Unsicherheiten schwankt die Rendite (bezogen auf die Prämienleistung abzüglich staatlicher Förderung) zwischen 4,7% und 8,2%. Nach Angaben des Versicherungsverbands wurden 1982 rund 90.000 solcher Lebensversicherungen mit einer Versicherungssumme von 3,1 Mrd. S und einer Jahresprämie von 198 Mill. S abgeschlossen⁶⁾. 1982 wurde außerdem das Beteiligungsfondsgesetz beschlossen, das die Aufbringung von Beteiligungskapital zum Ziel hat und steuerlich fördert⁷⁾. Die Förderung besteht vor allem in der Möglichkeit jährlich 40.000 S für den Erwerb von Genußscheinen einer Beteiligungsfondsgesellschaft als Sonderausgabe bei der Einkommensteuer geltend zu machen; die Bindungsfrist beträgt 10 Jahre⁸⁾. Die Art der Förderung über Sonderausgaben, die Längerfristigkeit dieser Anlageform und der mit ihr verbundene Risikoaspekt lassen ein gewisses Konkurrenzverhältnis zum Versicherungssparen nicht ausschließen. 1982 wurden in den Monaten Oktober bis Dezember Beteiligungsfonds mit einem Volumen von rund 900 Mill. S aufgelegt. In den nächsten Jahren dürfte das auf diesem Weg jährlich aufgebrauchte Beteiligungsvolumen — soweit dies nach den bisherigen Erfahrungen schon abschätzbar ist — etwa 1 bis 2 Mrd. S betragen.

Die Zahl der versicherten Lebensrisiken lag 1982 bei 7,4 Mill. Obwohl zu vermuten wäre, daß der Lebensversicherungsmarkt mengenmäßig langsam an Sättigungsgrenzen stößt, war bisher keine Wachstumsab-

⁵⁾ Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 163/1982

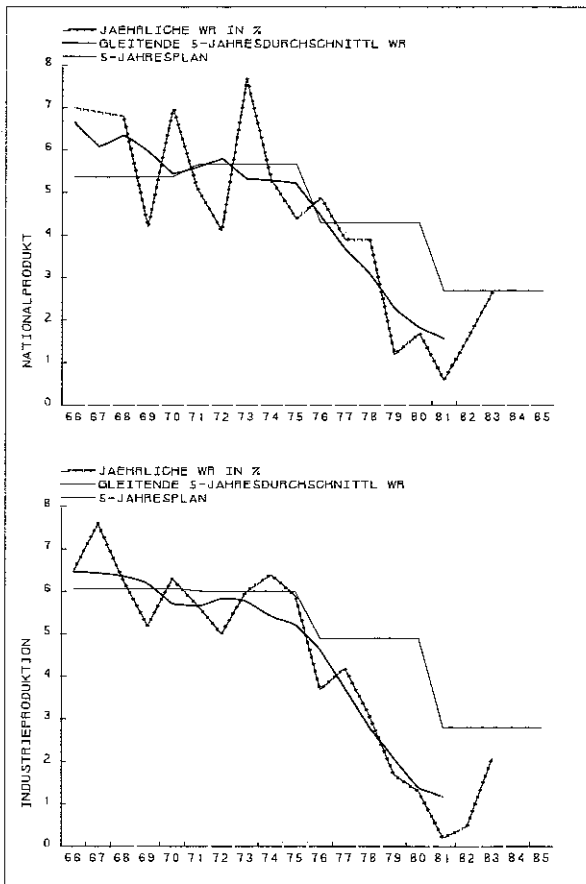
⁶⁾ Verband der Versicherungsunternehmen (1983), Tabelle 9

⁷⁾ Beteiligungsfondsgesetz, BGBl. Nr. 111/1982.

⁸⁾ Die Sonderausgabe erhöht sich um 40.000 S für den nichtberufstätigen Ehepartner und um 10.000 S pro Kind. Daneben sieht das Beteiligungsfondsgesetz steuerliche Begünstigungen für Direktbeteiligungen vor, die von der Beteiligungsfondsgesellschaft treuhändig verwaltet werden.

Abbildung 2

Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum



Die Beschleunigung des Wachstums der Industrieerzeugung wird von einer Verbesserung der *Arbeitsproduktivität* begleitet. Dies ist u. a. auch die Folge der Arbeitskräftepolitik in den RGW-Ländern: Arbeiter und Angestellte werden auch bei einer Wirtschaftsabschwächung, Stagnation oder sogar einem Rückgang in den Unternehmungen weiter beschäftigt. Sobald eine Belebung eintritt, kann Wachstum auch ohne sonderliche Erweiterung der Beschäftigtenzahl erzielt werden, was sich dann in einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität ausdrückt. Ein weiterer Faktor der verbesserten Industrielleistung waren *Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen* bei der Verwendung der Vorprodukte. Unter dem Druck der erzwungenen Importrestriktionen konnte zumindest ein Teil der in den zentral geplanten Wirtschaften üblichen Verschwendung der Ressourcen unterbunden werden. Allerdings waren dafür eher administrative Beschränkungen und Rationierungsmaßnahmen bei Lieferungen von Energie und Brennstoffen, Rohstoffen und sonstigen Materialien als eine verbesserte Einstellung auf Unternehmensebene verantwortlich. Da der spezifische Verbrauch von Energie und Rohstoffen in den RGW-Ländern meistens noch immer wesentlich höher liegt als in den entwickelten Industrieländern des

Westens, ist sicherlich noch genügend Raum für weitere Einsparungen vorhanden.

1983 war kein sehr günstiges Jahr für die *landwirtschaftliche Produktion* im RGW-Raum. Im großen und ganzen dürfte die Produktion etwa gleich stark wie im Vorjahr gestiegen sein, doch gab es von Land zu Land große Unterschiede. Im Donauraum sank die Produktion wie erwähnt infolge der lang anhaltenden Trockenperiode, während in der DDR und in Polen bessere Ergebnisse erzielt werden konnten als 1982. Im allgemeinen schnitt die tierische Produktion besser ab als die pflanzliche Produktion. Das könnte heuer zu höheren Einfuhren von Futtermitteln führen. Mit Ausnahme von Polen und Rumänien scheint der *Lebensstandard* in der Region wieder ungefähr das Niveau von 1980/81 erreicht zu haben, soweit man aus den unzureichenden Daten Schlüsse ziehen kann.

Im Zuge der Anpassung an die verschlechterten internen und externen Bedingungen mußten die *Investitionen* in den meisten RGW-Ländern einige Jahre lang stark gekürzt werden. Die Einschränkung der Investitionen verfolgte im wesentlichen zwei Ziele: Einerseits sollte sie durch eine Drosselung der heimischen Nachfrage zur außenwirtschaftlichen Anpassung beitragen, andererseits wollte man verhindern, daß bei niedrigerem Wachstum das Konsumniveau zu stark sinkt. Die Pläne der meisten Länder sahen zwar auch für 1983 eine weitere Einschränkung vor, doch wuchsen die Investitionen meist rascher als geplant. Dies ist eine systemimmanente Erscheinung: Im Aufschwung können die Unternehmen ihre Investitionswünsche leichter durchsetzen. Die wirtschaftliche Erholung im Jahre 1983 ist weniger eine Folge der Belebung der Investitionstätigkeit als ein Ergebnis der bereits in den früheren Jahren begonnenen Konzentration der Investitionsmittel auf die Fertigstellung längst überfälliger Projekte. Infolge der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten konnte das Industriepotential trotz einer noch immer gedämpften Investitionstätigkeit weiter ausgebaut werden. Von den Kürzungen der letzten Jahre waren nämlich hauptsächlich neue Investitionsvorhaben betroffen. Dies könnte sich allerdings in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ungünstig auswirken, wenn wieder ein Großteil des Investitionsvolumens in nicht fertiggestellten Investitionsprojekten bestehen sollte.

Ein weiterer Grund für die wirtschaftliche Erholung im Vorjahr ist in den *verbesserten Außenwirtschaftsbeziehungen* der RGW-Länder zu suchen. Bereits 1982 konnte das Gleichgewicht wiederhergestellt werden, und die Region als Ganzes verbuchte einen Überschuß in der Leistungsbilanz, wenngleich dies keineswegs für jedes einzelne RGW-Land gilt. Jedenfalls war 1983 der Druck, Überschüsse erzielen zu müssen, um die Schulden zu bedienen, nicht mehr so stark wie im Jahr zuvor. Ausgedrückt in Dollarwerten

kaum abweichen dürfte. In Wien hat sich der abweichend strukturierte Städtetourismus, vor allem aber der Konsumboom positiv ausgewirkt. Die Industrie durchläuft zwar einen Strukturwandel, der zahlreiche Arbeitsplätze kostet, konnte aber damit die Produktivität erheblich steigern. In Niederösterreich und der Steiermark erwies sich die Bauwirtschaft sogar als Konjunkturstütze, die Industrie zeigt — besonders in der Steiermark — noch kaum Anzeichen einer Erholung, die Auftragslage hat sich zuletzt aber auch dort gebessert. Der auch hier erforderliche Strukturwandel dürfte allerdings noch auf sich warten lassen.

Oberösterreich und Salzburg wurden, wie schon in früheren Perioden, zuerst vom Aufschwung erfaßt, hier und auch in Tirol kam vor allem die Industriekonjunktur früher in Gang als in den anderen Bundesländern. In Tirol drückt aber der noch stärker dominierende Tourismus das Gesamtergebnis, in Vorarlberg die Schwäche der Textilkonjunktur. Je unselbständig Beschäftigten erzielte Vorarlberg, wo offenbar wenige Arbeitskräfte gehortet werden, das gleiche Ergebnis wie Salzburg, das Zurückbleiben Tirols muß im Zusammenhang mit dem außergewöhnlich guten Vorjahresergebnis gesehen werden. Der Arbeitsmarkt Tirols war — neben dem Salzburgs — relativ noch am besten ausgeschöpft, aber auch in Vorarlberg und mit wenigen Einschränkungen in Oberösterreich wurde zumindest im Sommer noch Vollbeschäftigung erreicht. Im Westen betrug die Arbeitslosenrate im III Quartal um 2,5%, in den übrigen Bundesländern 3,5%.

Geringe regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt

Nachfrage weitgehend stabilisiert — Angebotsdifferenzen durch Wanderung teilweise ausgeglichen

Der Abwärtstrend, der den Arbeitsmarkt seit Sommer 1981 beherrscht hatte, konnte 1983 gestoppt werden, die Beschäftigung hat sich stabilisiert, wobei es regional kaum Unterschiede gibt. In Vorarlberg allerdings festigte sich — entgegen früheren Beobachtungen — die Beschäftigung strukturbedingt erst relativ spät, und in den Krisengebieten der Steiermark hinkt die Produktivitätsentwicklung noch immer nach. Die Verringerung der Ausländerbeschäftigung, aber auch die regionale Mobilität der Österreicher trug ebenfalls dazu bei, regionale Unterschiede auszugleichen, sodaß das West-Ost-Gefälle der Entwicklung relativ gering war. Erst gegen Jahresende begann sich wieder eine etwas stärkere konjunkturelle Differenzierung abzuzeichnen.

Im Laufe des Jahres 1983 hat sich die österreichische Wirtschaft — nach drei Jahren der Stagnation — wieder belebt. Seit dem Frühjahr hat die gesamtwirtschaftliche Aktivität zunächst leicht, gegen Jahresende dann immer kräftiger zugenommen. Im Jahresdurchschnitt wurde ein Wachstum von 1,9% — ohne Land- und Forstwirtschaft von 2,2% — erzielt. In den Quartalen ergaben sich folgende Vorjahresabstände: I. Quartal +0,1%, II. Quartal +1,5%, III. Quartal +2,3%, IV. Quartal +4,5%.

Die Beschäftigung reagierte nur zögernd, der Rückgang kam zum Stillstand, es kam jedoch noch zu keinem neuen Aufbau. Dadurch verbesserte sich die Produktivität im Laufe des Jahres, und zwar von +1,4% (I. Quartal) auf +2,7% (II. Quartal), +2,9% (III. Quartal) und +5,0% (IV. Quartal).

Die hinausgeschobene Anpassung der Beschäftigung hatte die Produktivität (außerhalb der Landwirtschaft) 1981 um 0,3% schrumpfen lassen, 1982 war sie um 1,6% gestiegen, 1983 aber um 3,1%. Bei einem mittleren Wachstum von 0,9% ergab sich ein jährlicher Rückgang der Beschäftigung von 0,6%, ein Produktivitätszuwachs von 1,5%. Diese Relation entspricht dem langfristigen Zusammenhang von Wachstum und Produktivität und läßt den Schluß zu, daß die Arbeitskräfte gegen Ende 1983 schon überdurchschnittlich ausgelastet waren, sodaß eine weitere Belebung der Güternachfrage auch Beschäftigungseffekte ergeben müßte.

Da die Beschäftigung vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1982 rasch gesunken war, ergibt sich im Vorjahresvergleich trotz der Stagnation im Lauf des Jahres 1983 ein Rückgang von etwa 24.000 bzw. 0,9%. Die Daten der Beschäftigungsstatistik der Sozialversicherung zeigen einen größeren Abstand an, in dem aber eine Niveauekorrektur (Wien) enthalten ist. Auch in Tirol mußte die Beschäftigung im Dezember 1982 und Jänner 1983 um 4.000 korrigiert werden, sodaß sich gegenüber der amtlichen Statistik einige Abweichungen ergeben.

Die regionale Entwicklung der Beschäftigung zeigt nur geringe Unterschiede. In Niederösterreich, der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich ging die Beschäftigung etwa im gleichen Ausmaß wie im Bundesdurchschnitt zurück, im Burgenland etwas weniger. Nur in Salzburg und Tirol war die Entwicklung deutlich günstiger — in beiden Ländern war es in der gesamten Rezessionsphase zu keinem nennenswerten Rückgang der Beschäftigung gekommen. In Wien und Vorarlberg ging die Beschäftigung um etwa 1,5% zurück, um 0,6 Prozentpunkte stärker als im Bundesmittel. Während dies in Wien dem längerfristigen Trend entspricht, wurde in Vorarlberg der Rückgang fast ausschließlich durch die besonders schwache Textilkonjunktur verursacht. War das regionale Konjunkturbild im Vorjahr durch die Schwäche der österreichischen Industrie- und Grenzgebiete gekenn-

wert des Sommers 1981. Der mit Jahresbeginn einsetzende Kursverfall des Dollars führte dann zu einer Wechselkursbedingten Entlastung der heimischen Rohstoffimporteure.

Auf Dollarbasis stiegen im I. Quartal dieses Jahres die Industrierohstoffpreise insgesamt im Vergleich zum Vorquartal um 2%. Am stärksten erhöhten sich die Preise der Untergruppe *Eisenerz und Stahlschrott* (+6%). Die Stahlschrottpreise zogen stark an (+19%): Die Zunahme der Weltrohstahlproduktion — die im vergangenen Jahr um 2,9% auf 663,85 Mill. t gesteigert wurde — hat die technologisch bedingte Schrottnachfrage sprunghaft erhöht. So ist in den USA die Hüttennachfrage nach Schrott 1983 von 4 Mill. t auf 29 Mill. t gewachsen. Auf Grund neuer Produktionsverfahren konnte Stahlschrott seinen Anteil am Markt für Eisengrundstoffe in den USA auf 28% erhöhen (1980 25%). Die Preise für *Eisenerz* stiegen dagegen nur wenig (+2%).

Nichteisenmetalle notierten geringfügig höher als im Vorquartal (+1%). Innerhalb der Gruppe der Nichteisenmetalle sticht die Entwicklung der *Zinkpreise* besonders hervor (+16%). Sie ziehen seit dem II. Quartal des Vorjahres ständig an. Die Nachfrage der westlichen Welt ist im Vorjahr um 6% gestiegen, in erster Linie auf Grund der Erholung in der Bauindustrie. Obwohl die Produktion um 7% wuchs, entstand im Vorjahr ein Produktionsdefizit, da sozialistische Länder — vor allem China, das mit einer Einfuhr von 200.000 t seine Nachfrage verdoppelte — verstärkt als Nachfrager auftraten. Die noch im Frühjahr 1983 von europäi-

schen Zinkherstellern diskutierte Drosselung der Kapazität wurde indessen von der Europäischen Kommission offiziell aufgegeben. *Aluminium* (—0%) konnte das hohe Preisniveau des Vorquartals halten. Eine starke Zunahme der Nachfrage aus dem Transport- und Baubereich ließ die Produzentenlager auf ein normales Niveau sinken und besserte die Kapazitätsauslastung. Der Auslastungsgrad der westlichen Aluminiumschmelzanlagen lag im Jänner 1984 bei durchschnittlich 87%, das bedeutet im Jahresabstand eine Steigerung um 14 Prozentpunkte. *Blei* (+3%) konnte sich — ausgehend von einem niedrigen Niveau — im letzten Halbjahr leicht verbessern. Dies ist in erster Linie auf die Kältewelle in den USA zurückzuführen, die die Nachfrage für Batterieblei sprunghaft steigen ließ. Der gesamte Weltverbrauch lag mit rund 5,1 Mill. t etwa auf dem Niveau des Jahres 1982, jedoch noch immer deutlich unter dem Spitzenwert von 1979 (5,6 Mill. t). Die Bleipreise blieben im Vorjahr um mehr als 50% unter dem Niveau des Jahres 1980. *Kupfer* (+2%) konnte sich ebenfalls etwas erholen. Preisauftriebstendenzen kamen — neben der konjunkturbedingt steigenden Nachfrage — von verstärkten Käufen der Volksrepublik China, waren aber auch auf Naturkatastrophen im Produzentenland Peru (Erdbeben und Überschwemmung) zurückzuführen. Dennoch wurde 1983 insgesamt weiterhin ein Produktionsüberschuß von rund 520.000 t erzielt. Nickel (—1%) mußte weiterhin — von einem bereits sehr niedrigen Niveau ausgehend — leichte Preiseinbußen hinnehmen. Trotz eines Verbrauchszuwachses im

Übersicht 2

Entwicklung der Industrierohstoffpreise
HWWA-Index¹⁾

	Gewicht	Index		Veränderung gegen die Vorperiode in %								1984 I Qu	1982 Ø	1983 Ø
		1982 Ø	1983 Ø	1982 II Qu	1982 III Qu	1982 IV Qu	1983 I Qu	1983 II Qu	1983 III Qu	1983 IV Qu				
Industrierohstoffe	20,9	126,4	127,4	— 1	— 6	— 4	4	6	1	— 1	2	— 11		3
Agrarische Rohstoffe	10,1	127,1	125,5	1	— 9	— 7	2	8	4	0	— 0	— 13		— 0
Baumwolle	1,3			3	1	— 4	7	8	5	0	— 1	— 15		15
Sisal	0,1			1	— 0	1	— 4	— 1	2	1	— 1	— 9		— 4
Wolle	0,7			5	— 10	— 6	4	16	— 17	2	7	— 5		— 2
Häute	0,7			— 7	— 0	8	1	2	23	5	0	— 7		19
Schnittholz	2,9			3	— 2	— 11	3	4	0	— 1	— 1	— 18		— 3
Kautschuk	0,8			— 3	1	— 8	17	15	4	— 0	— 2	— 20		23
Zellstoff	3,7			1	— 23	— 10	— 5	9	8	0	0	— 10		— 16
NE-Metalle	6,1	134,9	145,0	— 9	— 1	— 2	8	10	0	— 6	1	— 14		11
Aluminium (free)	1,1			— 11	0	0	20	23	10	— 1	— 0	— 22		44
Blei (LME) ²⁾	0,3			— 11	— 4	— 12	— 2	— 5	— 7	2	3	— 25		— 22
Kupfer (LME)	3,1			— 8	0	1	10	7	— 5	— 14	2	— 15		7
Nickel	0,6			— 6	— 7	— 24	13	14	0	— 4	— 1	— 15		— 7
Zink (LME)	0,5			— 10	0	— 3	— 3	5	11	8	16	— 12		3
Zinn (LME)	0,5			— 18	0	0	6	6	— 5	— 2	— 3	— 9		1
Eisenerz Schrott	4,7	113,9	108,3	6	— 3	— 1	1	— 4	— 2	3	6	— 3		— 2
Eisenerz	3,7			12	— 3	— 0	0	— 6	— 4	1	2	1		— 5
Stahlschrott	1,0			— 28	— 11	— 6	25	5	10	8	19	— 33		— 13
HWWA-Index insgesamt ³⁾	100,0	228,6	209,3	— 3	— 1	— 1	— 1	— 8	1	0	0	— 5		— 8
ohne Rohöl	57,7	120,7	123,1	— 3	— 6	— 3	3	5	4	1	1	— 12		3

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, und Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE. — ¹⁾ Neuer Index: 1975 = 100, Dollarbasis, gewichtet mit Rohstoffimporten der Industrieländer der Basisperiode. — ²⁾ London Metal Exchange. — ³⁾ Industrierohstoffe + Nahrungs- und Genußmittelrohstoffe + Energierohstoffe; zur Preisentwicklung der letzten beiden Rohstoffkategorien siehe Breuss, F. "Die Konjunktur in den westlichen Industriestaaten" in diesem Heft Übersicht 3.

tiveren Betriebsansiedlung geführt haben könnte, haben sich die Arbeitsplätze als sehr stabil erwiesen. Die Untersuchung der Ursachen regional unterschiedlicher Entwicklungen muß aus verschiedenen Gründen oberflächlich bleiben. In der — eigentlich relevanten — Gliederung nach politischen Bezirken ist die Datenbasis noch schmaler als auf Bundesländerebene. Nachfrageorientierte Methoden wie die Shift-Share-Analyse haben schon in vielen Fällen nur geringen Erklärungsgehalt erwiesen. Die vorliegende Arbeit beschränkt sich daher darauf, die örtlich verschiedene Entwicklung in einzelnen Branchen aufzuzeigen. Angebotsfaktoren entziehen sich allerdings weitgehend einer makroökonomischen Beschreibung, in wichtigen Fragen müßten die Grenzen zur Betriebswirtschaft und zur Soziologie überschritten werden. Die Betrachtung von der Angebotsseite her hat in der neueren volkswirtschaftlichen Theorie im engsten Sinn des Wortes Schule gemacht. Die Diskussion konzentriert sich jedoch in hohem Maße auf Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt durch gewerkschaftliche Tarifgestaltung und auf staatliche Regulierung, beides Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaft insgesamt. Daß gerade die Analyse regionaler Unterschiede die Wirkung von Angebotsfaktoren sichtbar macht, darf als Indiz dafür gewertet werden, daß andere Angebotsfaktoren von nicht minder großer Bedeutung sind. Die betriebliche Organisation von Informationsbeschaffung und -verarbeitung und die Fähigkeit organisatorischer Anpassung an sich ändernde Umfeldbedingungen (Elemente, die sich aus der Betrachtung wirtschaftlicher Entwicklungen als evolutionäre Prozesse ergeben) dürften sich regionsspezifisch soweit unterscheiden, daß sich die Vorstellung ökonomischer Lebenszyklen von Regionen in absehbarer Zeit weit über den Begriff "alter Industriegebiete" hinaus konkretisieren lassen müßte. Alte Industriegebiete zeichnen sich allerdings unter anderem auch dadurch aus, daß ein relativ hohes Lohnniveau nicht mehr "erwirtschaftet" werden kann. Die kleinräumliche Betrachtung macht aber auch jene kumulativen Prozesse sichtbar, die sich aus einem Einkommensverfall in solchen Regionen entwickeln, und unterstreicht die Notwendigkeit expansiver Maßnahmen zur Rückgewinnung struktureller Anpassungsfähigkeit²⁾.

Die Entwicklung der Beschäftigung

Zur Jahresmitte 1980 erreichte die Beschäftigung in der Industrie ihren Konjunkturröhepunkt (Mitte Juni/Juli saisonbereinigt 628 500), bis Mitte 1983 ging sie

²⁾ Vgl. Österreichisches Institut für Raumplanung, WIFO, Tichy, G., Regionalstudie Obersteiermark, Gutachten im Auftrag des Bundeskanzleramtes und der steiermärkischen Landesregierung Wien 1982.

Übersicht 1

Industriebeschäftigung nach Bundesländern

	Veränderung Juni/Juli 1980 bis Juni/Juli 1983	
	absolut	in %
Wien	-17 500	-12,8
Niederösterreich	-14 500	-13,1
Burgenland	-1 800	-15,8
Steiermark	-11 800	-11,5
Kärnten	-2 200	-7,2
Oberösterreich	-8 200	-5,9
Salzburg	-1 100	-4,7
Tirol	-2 200	-7,4
Vorarlberg	-3 600	-9,7
Österreich	-62 900	-10,1

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

um 10% zurück. 80% des gesamten Rückgangs fallen auf das II. bis IV. Quartal 1981 und auf den Zeitraum III. Quartal 1983 bis einschließlich I. Quartal 1984.

Enttäuschte Konjunkturerwartungen haben (im Abstand von einem bzw. zweieinviertel Jahren nach dem oberen Wendepunkt der Güternachfrage) zu Beschäftigtenfreisetzungen in Form von "Anpassungsschüben" geführt. Von der Rezession und diesen Anpassungsschüben wurden allerdings nicht alle Bundesländer in gleicher Weise betroffen. Zunächst zeigt sich ein deutliches Gefälle von Westen (—6,5% einschließlich Kärnten) nach Osten (einschließlich der Steiermark), wo der Beschäftigungsrückgang (—12,6%) fast doppelt so stark war.

Das gesamtösterreichisch festzustellende Muster der stufenweisen Anpassung nach unten war für die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten und, mit zeitlicher Verschiebung, für Tirol erkennbar. Das sind jene Länder, auf die der überwiegende Teil der Grundstoffindustrie, insbesondere Metall-Grundstoffe, aber auch Papiererzeugung, chemische Grundstoffe, Keramik, Glas und Baustoffe, entfällt. Diese Branchen haben in den genannten Ländern einen Anteil von 32% bis 40%, in den übrigen Ländern von 6% bis 24%. Die beiden "Anpassungen" dürften somit vor allem in diesen Bereichen stattgefunden haben. In Niederösterreich und in der Steiermark war der erste "Schub" der stärkere, offenbar gab es schon zu Beginn der Rezession einen Anpassungsdruck, während in Kärnten und Oberösterreich die Beschäftigung erst 1982 stärker schrumpfte.

In den Bundesländern Wien, Burgenland, Salzburg und Vorarlberg dagegen hat sich der Rückgang der Beschäftigung im Verlauf der gesamten Periode beschleunigt. In Salzburg konnte die Beschäftigung sogar lange auf hohem Niveau gehalten werden. Die Krise hat sich somit zunächst auf einige Branchen und Gebiete konzentriert oder — genauer formuliert — dort das Versäumnis einer kontinuierlichen strukturellen Anpassung sichtbar gemacht, und erst in der letzten Phase wurde die gesamte Industrie ziemlich gleichmäßig erfaßt. Tirol, das stärker als andere Län-

Konjunkturindikatoren-Ansatz im Grund theorieios⁶⁾

Vor der Erstellung von Konjunkturindikatoren ist es zweckmäßig, die Definition der Konjunkturzyklen anzugeben, die den Arbeiten des NBER zugrunde liegt⁷⁾:

„Konjunkturzyklen sind ein Typus von Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität von Ländern mit vorwiegend marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung: Ein Zyklus besteht aus Aufschwungsphasen, die sich ungefähr gleichzeitig in vielen ökonomischen Aktivitäten abspielen, gefolgt von gleichfalls allgemeinen Rezessionen, Abschwungsphasen und Belebungen, die wieder in der Aufschwungsphase des nächsten Zyklus münden; diese Abfolge der Konjunkturphasen wiederholt sich zwar, ist aber nicht regelmäßig; die Dauer der Konjunkturzyklen kann variieren von mehr als einem Jahr bis zu zehn oder zwölf Jahren; die Zyklen sind nicht unterteilbar in kürzere Zyklen ähnlichen Charakters und annähernd gleicher Amplituden.“

Diese Definition von Konjunkturschwankungen ist sehr allgemein gehalten und sagt nichts über deren Messung (an den Originalreihen, an den Wachstumsraten oder an Trendabweichungen oder Kapazitätsauslastungsmaßen) aus. Sie ist aber auch eine Absage an die mechanische Einteilung von Konjunkturzyklen (in Kondratieff-, in Juglar- und in Kitchin-Zyklen, also auch lange Wellen, mittlere und kurze Zyklen), wie sie etwa *Schumpeter* (1939, S. 213) vorgeschlagen hat. Dagegen postuliert diese Definition, daß es in allen marktwirtschaftlich organisierten Ländern wiederholt (wenn auch nicht regelmäßig) zu Konjunkturschwankungen kommt, und daß es gewisse Regelmäßigkeiten in den verschiedenen Zeitreihen im Konjunkturverlauf gibt, die allen Ländern gemeinsam sind. Solche Regelmäßigkeiten (pro- oder antizyklischer Verlauf bestimmter Zeitreihen; höhere oder niedrigere Amplituden einiger Reihen als eine bestimmte Referenzreihe), die in sogenannten „stylized facts“ zusammengefaßt werden, verleiteten *Lucas* (1977, S. 218) zu behaupten, daß „alle Konjunkturzyklen gleich sind“. Solche qualitativen Aussagen können empirisch getestet werden, wobei auch die Listen der „stylized facts“ beliebig erweitert werden können (*Schebeck — Tichy*, 1984). Dabei hat sich mehr oder weniger bestätigt, daß das Konjunkturmuster (trotz national unterschiedlicher Institutionen) in allen Ländern ziemlich ähnlich war. Allerdings gibt es zahlreiche Indizien dafür, daß sich der Charakter der Konjunkturschwankungen im Zeitablauf geändert hat (etwa, daß die Konjunkturschwankungen seit Mitte

der siebziger Jahre stärker sind als zuvor). Diese Vermutungen bestätigen sich auch in der vorliegenden Arbeit für Österreich. Nicht ganz klar ist, was in der oben angegebenen Definition der Konjunkturschwankungen unter „gesamtwirtschaftlicher Aktivität“ zu verstehen ist. Offensichtlich ist damit eine nicht leicht abgrenzbare Menge statistischer Zeitreihen gemeint, die den Arbeitsmarkt, den Produktionsbereich, den Handel, die Investitionen, die Einkommen, die Kosten, die Preise, den Geld- und Aktienmarkt sowie die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte betreffen.

Diese aggregierten Variablen schwanken im Konjunkturverlauf annähernd gleichzeitig (einige mit Vorlauf bzw. Lead, andere mit Nachlauf bzw. Lag) bezogen auf eine „Referenzreihe“. Konjunkturschwankungen sind Schwankungen um einen langfristigen Wachstumspfad, wobei einander Wachstumsentwicklung und Konjunkturschwankungen gegenseitig beeinflussen können. Meist werden aber die Wachstumstrends in den Zeitreihen eliminiert, wodurch man die zyklischen Schwankungen der Zeitreihen erhält. Konjunkturzyklen, gemessen an den Trendabweichungen, werden „Wachstumszyklen“ genannt, Schwankungen in den Originalreihen dagegen „Klassische Zyklen“. Bei der Erstellung eines Indikatorensystems wird den „Wachstumszyklen“ der Vorzug gegeben, bei der Analyse der Dauer und Datierung der Konjunkturphasen werden beide Meßkonzepte vergleichsweise herangezogen.

Auswahl der Zeitreihen für das Indikatorensystem

Nach den nahezu ins Uferlose gehenden Analysen des konjunkturellen Verhaltens von Zeitreihen in den Anfängen der NBER-Konjunkturforschung (*Burns — Mitchell*, 1946, S. 20, untersuchten im Jahr 1942 insgesamt 1.277 Zeitreihen, davon entfielen auf die USA 972 Reihen, der Rest verteilte sich auf Großbritannien, Deutschland und Frankreich) hat man sich sehr bald auf sogenannte „kurze Listen“ von etwa 20 bis 26 Zeitreihen geeinigt, die man in den vorausseilenden, gleichlaufenden und nachhinkenden Sammelindikatoren verwendet.

Das gegenwärtig von den USA verwendete Indikatorensystem (siehe *Business Conditions Digest*, 1984, S. 3-10) wählt aus insgesamt 111 hinsichtlich ihres zyklischen Verhaltens analysierten Zeitreihen 22 Zeitreihen aus, wovon 12 im vorausseilenden Indikator, 4 im annähernd gleichlaufenden und 6 im nachhinkenden Indikator enthalten sind. Das Indikatorensystem für Australien (*Boehm — Moore*, 1982) umfaßt insgesamt 20 Zeitreihen (9 vorausseilend, 6 gleichlaufend, 5 nachhinkend). Das System für die Schweiz (siehe *Béguelin*, 1981 und 1976) enthält ebenfalls 20 Reihen (8 zu 6 zu 6). Während man im Rahmen des Interna-

⁶⁾ Einen Versuch, Konjunkturtheorien den für ein Konjunkturindikatorensystem ausgewählten Einzelindikatoren zuzuordnen, unternimmt *Klein* (1983, S. 888ff).

⁷⁾ Siehe *Burns — Mitchell* (1946, S. 3) (eigene Übersetzung aus dem Englischen).

Übersicht 2

Lagerquoten der einzelnen Sektoren

	Ø 1954/1960	Ø 1961/1970	Ø 1971/1981	Ø 1954/1973	Ø 1974/1981	Ø 1976/1981
Zu laufenden Preisen in %						
Land- und Forstwirtschaft	110	127	108	119	105	103
Sachgüterproduktion (einschließlich Bergbau)	60.1	49.5	48.3	52.1	50.5	51.1
Energie- und Wasserversorgung	14.6	10.8	13.0	11.8	14.7	16.1
Bauwesen	16.9	12.9	12.2	13.7	13.3	14.0
Handel	60.9	49.4	53.0	52.9	55.8	56.5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	20.7	12.4	9.5	14.9	9.5	9.0
Insgesamt						
Summe der Sektoren	43.9	37.1	37.6	38.9	39.4	39.9
Brutto-Inlandsprodukt (ohne Mehrwertsteuer)	35.1	29.0	27.0	30.5	27.8	27.9
Real. zu Preisen von 1976 in %						
Land- und Forstwirtschaft	12.4	13.0	11.1	12.6	10.8	11.0
Sachgüterproduktion (einschließlich Bergbau)	59.6	54.4	48.6	55.1	49.3	49.6
Energie- und Wasserversorgung	13.6	10.9	11.8	11.4	13.2	14.3
Bauwesen	13.4	11.0	12.9	11.5	14.4	15.5
Handel	48.4	47.4	55.4	48.0	57.9	59.6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	19.5	13.9	9.9	15.4	9.6	9.3
Insgesamt						
Summe der Sektoren	41.7	38.9	38.5	39.4	39.6	40.3
Brutto-Inlandsprodukt (ohne Mehrwertsteuer)	26.4	26.9	27.6	26.6	28.2	28.6

Q: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eigene Berechnungen

Übersicht 3

Der Beitrag der Lagerinvestitionen und der übrigen Komponenten zum Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes

Lundberg-Komponenten

	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Brutto-Anlage-investitionen	Lager-investitionen	Minus Importe i w S.	Exporte i w S.	Außenbeitrag	Brutto-Inlandsprodukt insgesamt	Brutto-Inlandsprodukt ohne Lager
	Beitrag zum Wachstum in Prozentpunkten							Veränderung in %	
1955	+5.9	+0.2	+4.4	+3.7	-4.4	+1.3	-3.1	11.1	7.4
1956	+4.2	+0.2	+0.3	-1.5	-1.2	+4.8	+3.6	6.9	8.7
1957	+2.6	+1.5	+2.4	-1.3	-2.0	+2.9	+0.9	6.1	7.5
1958	+2.2	+1.1	+0.3	+0.8	-0.5	-0.3	-0.8	3.7	2.9
1959	+2.8	+0.6	+1.9	-1.6	-1.8	+0.9	-0.9	2.8	4.5
1960	+3.5	+0.3	+3.3	+2.7	-3.8	+2.3	-1.5	8.2	5.5
1961	+2.9	+0.3	+2.8	-1.2	-0.4	+1.2	+0.8	5.6	6.9
1962	+3.0	+0.5	+0.6	-1.8	-1.3	+1.6	+0.3	2.6	4.4
1963	+3.1	+0.8	+0.8	+0.1	-2.0	+1.3	-0.7	4.2	4.0
1964	+2.3	+1.0	+2.2	+1.5	-2.3	+1.4	-0.9	6.2	4.6
1965	+2.6	+0.1	+1.2	-0.1	-2.2	+1.4	-0.9	3.0	3.1
1966	+2.5	+0.9	+2.2	+0.7	-2.7	+1.7	-1.0	5.1	4.5
1967	+1.9	+0.7	+0.1	-0.2	-1.0	+1.2	+0.3	2.8	3.0
1968	+2.3	+0.6	+0.7	+0.5	-1.8	+1.9	+0.1	4.1	3.6
1969	+1.5	+0.4	+1.2	+0.7	-2.6	+4.1	+1.6	5.5	4.8
1970	+2.0	+0.6	+2.4	+1.2	-4.2	+4.5	+0.3	6.4	5.4
1971	+3.6	+0.6	+3.5	-2.6	-1.7	+1.7	+0.0	5.1	8.0
1972	+3.3	+0.7	+3.3	-0.6	-3.2	+2.7	-0.5	6.2	6.8
1973	+2.9	+0.5	+0.1	+2.6	-3.9	+2.7	-1.2	4.9	2.3
1974	+1.7	+1.0	+1.1	-0.8	-2.4	+3.5	+1.0	3.9	4.8
1975	+1.8	+0.7	-1.4	-2.2	+1.9	-1.2	+0.7	-0.4	1.8
1976	+2.6	+0.8	+1.0	+2.1	-5.7	+3.8	-1.9	4.6	2.4
1977	+3.2	+0.6	+1.3	+0.4	-3.0	+1.8	-1.2	4.4	4.0
1978	-0.9	+0.7	-1.0	-0.6	+0.9	+1.5	+2.4	0.5	1.2
1979	+2.6	+0.6	+0.9	+1.0	-4.3	+4.0	-0.3	4.7	3.7
1980	+0.8	+0.4	+0.9	+1.0	-2.7	+2.5	-0.1	3.0	2.1
1981	+0.2	+0.3	-0.5	-2.3	+0.1	+2.0	+2.1	-0.1	2.2
1982	+0.8	+0.4	-1.7	-0.5	+1.1	+0.9	+1.9	1.0	1.5
1983	+2.8	+0.4	-0.4	+0.6	-3.9	+2.6	-1.2	2.1	1.5
Ø 1955/1960	+3.6	+0.6	+2.1	+0.4	-2.3	+2.0	-0.3	6.5	6.1
Ø 1961/1970	+2.4	+0.6	+1.4	+0.2	-2.0	+2.0	-0.0	4.6	4.4
Ø 1971/1980	+2.2	+0.7	+1.0	+0.0	-2.4	+2.3	-0.1	3.7	3.7
Ø 1981/1983	+1.3	+0.4	-0.9	-0.7	-0.9	+1.8	+0.9	1.0	1.7
Ø 1955/1973	+2.9	+0.6	+1.8	+0.2	-2.3	+2.1	-0.2	5.3	5.2
Ø 1974/1983	+1.5	+0.6	+0.0	-0.1	-1.8	+2.1	+0.3	2.4	2.5
Ø 1976/1983	+1.5	+0.5	+0.1	+0.2	-2.2	+2.4	+0.2	2.5	2.3
Ø 1955/1983	+2.4	+0.6	+1.2	+0.1	-2.1	+2.1	-0.0	4.3	4.2

Q: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eigene Berechnungen

Übersicht 3

Cash-flow¹⁾ der Verstaatlichten Industrie

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
	Mrd S						
Basissektor ²⁾	4.42	4.52	5.11	5.12	1.41	3.51	0.10
Bergbau, Magnesit, Erdöl ³⁾	3.64	3.56	3.23	3.71	3.64	3.64	0.42
Eisen- und Metallindustrie	0.77	0.96	1.88	1.41	-2.22	-0.13	-0.32
Chemische Industrie ³⁾	0.08	0.19	0.71	0.50	0.42	-0.02	3.73
Technische Verarbeitungsprodukte	0.68	0.46	0.35	0.21	0.07	0.09	-0.17
Maschinen-, Fahrzeugindustrie	0.29	0.24	0.13	0.01	0.11	0.18	0.16
Elektroindustrie	0.39	0.22	0.22	0.19	-0.04	-0.09	-0.33
Insgesamt	5.18	5.16	6.17	5.83	1.91	3.58	3.59

Q: Bilanzen der Verstaatlichten Industrie eigene Berechnungen. — ¹⁾ Nach Definition der ÖIAG — ²⁾ 1983 ohne Erdöl — ³⁾ 1983 einschließlich Erdöl

über die volkswirtschaftliche Gewinnentwicklung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Verfügung.

Die Entwicklung der industriellen Selbstfinanzierungskraft zu Beginn der achtziger Jahre

Die Entwicklung des industriellen Cash-flows seit 1980 spiegelt wie kaum ein anderer Indikator nicht nur die konjunkturelle Entwicklung der Industrie, sondern in der sektoralen Betrachtung auch den seither vollzogenen Strukturwandel innerhalb der österreichischen Industrie deutlich wider. Vor allem das Ausmaß des Konjunkturabschwungs zwischen 1981 und 1983 läßt sich deutlich an Hand eines Vergleichs der industriellen Cash-flow-Quote zwischen den Perioden 1970/1973 und 1980/1983 ersehen. Diese beiden Perioden haben trotz aller Unterschiedlichkeit gemeinsam, daß sie über einen längeren Zeitraum durch eine relativ stabile Konjunkturphase gekennzeichnet waren. Die Periode 1970/1973 stand im Zeichen einer ausgeprägten Hochkonjunktur. Die Industrieproduktion wuchs zwischen 1970 und 1973 im Jahresdurch-

schnitt real um rund 7,5%, am geringsten war die Steigerung 1973 mit 4,7%. Die Cash-flow-Quote lag in dieser Hochkonjunkturphase im Industriedurchschnitt bei 27,5%.

Ein Dezennium später kann die Periode 1980 bis 1983 gewissermaßen als konjunktureller Antipode zu den frühen siebziger Jahren angesehen werden. Die Zeitspanne zwischen 1980 und 1983 repräsentiert eine Periode ausgeprägter wirtschaftlicher Stagnation. Die Industrieproduktion wuchs in dieser Zeit real durchschnittlich nur um knapp 0,5% pro Jahr. Damit sind die Jahre 1980 bis 1983 die einzige Periode in der Nachkriegszeit, in der die Industrieproduktion über längere Zeit nahezu stagnierte. Innerhalb dieser Periode kam es auch in einzelnen Branchen zu den bisher heftigsten Einbrüchen der Cash-flow-Entwicklung seit Mitte der fünfziger Jahre. Die Cash-flow-Quote für die Industrie insgesamt lag im Durchschnitt um 6 Prozentpunkte unter den Boomwerten zu Beginn der siebziger Jahre. Das relative Selbstfinanzierungspotential, gemessen am Cash-flow in Prozent der Wertschöpfung, sank damit innerhalb von zehn Jahren um mehr als 35%.

Die indirekte Ermittlung des WIFO-Cash-flows, die auf Grund des Fehlens zusätzlicher Informationen die einzige Ermittlungsform im Rahmen einer externen Analyse darstellt, ermöglicht nur bedingt detaillierte Aussagen über die unmittelbaren Auswirkungen der unterschiedlichen konjunkturellen Einflüsse auf die Entwicklung des industriellen Cash-flows. Stellt man der indirekten Ermittlung die direkte Berechnungsmethode des Cash-flows gegenüber, die im wesentlichen aus der Differenz zwischen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben besteht, so ist evident, daß

Übersicht 4

Cash-flow¹⁾ der Aktiengesellschaften (Nach Publikation in der Wiener Zeitung)

	Zahl der Betriebe	1982 Mill S	1983
Basissektor	14	8.404	9.008
Bergbau, Magnesit, Erdöl			
Eisen- und Metallhütten			
Papierindustrie			
Chemische Industrie	6	583	1.115
Baubranchen	9	704	650
Technische Verarbeitungsprodukte	27	659	2.816
Maschinen-, Fahrzeugindustrie			
Eisen- und Metallwarenindustrie			
Elektroindustrie			
Traditionelle Konsumgüterbranchen	11	1.438	1.622
Nahrungs- und Genußmittelindustrie			
Textil Bekleidung Leder			
Insgesamt	67	11.788	15.211

Q: Auswertung von Firmenbilanzen durch das WIFO — ¹⁾ Nach Definition des WIFO: Cash-flow I

Direkte Ermittlung des Cash-flows

—	Bare Erträge
—	Bare Aufwendungen
+	Erfolgsunwirksame Posten, die die laufenden betrieblichen Nettoeinnahmen erhöhen
—	Erfolgsunwirksame Posten, die die laufenden betrieblichen Nettoeinnahmen vermindern
=	Cash-flow

Übersicht 5

Q: Platzer, W., Kros, W. Buchhaltungs- und Bilanzierungs-Handbuch 2 überarbeitete Auflage. Orac Wien, 1976, S. 312

Übersicht 1

Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

	Industrie einschließ- lich Bergbau	Gewerbe	Energie- und Wasser- versorgung	Bauwesen	Handel ¹⁾	Verkehr und Nach- richten- übermitt- lung	Vermö- gensver- waltung ²⁾	Sonstige private Dienste	Öffent- licher Dienst	Wert- schöpfung ohne Land- und Forst- wirtschaft	Land- und Forstwirt- schaft	Wert- schöpfung der Wirt- schaftsbe- reiche ³⁾	Brutto- Inlands- produkt
Zu Preisen von 1976 in Mrd. S													
1978. I Quartal	40,72	12,56	6,21	8,81	27,72	10,33	20,52	7,29	24,54	158,70	6,52	165,21	171,35
II Quartal	43,23	13,29	5,45	15,69	28,64	11,11	20,82	7,27	24,81	170,31	7,26	177,57	185,52
III Quartal	41,84	13,59	5,35	19,15	33,48	11,38	21,14	7,24	25,07	178,25	10,57	188,82	197,71
IV Quartal	45,41	14,86	6,18	17,10	33,44	11,69	21,27	7,34	25,20	182,49	13,04	195,54	205,68
Σ 1978	171,20	54,30	23,19	60,75	123,28	44,51	83,75	29,14	99,62	689,75	37,39	727,14	760,26
1979. I Quartal	43,63	13,34	6,61	8,69	29,73	10,79	21,73	7,46	25,54	167,51	6,76	174,28	180,07
II Quartal	45,34	13,98	5,91	15,32	30,72	11,71	22,03	7,41	25,69	178,10	7,81	185,91	193,46
III Quartal	45,36	14,50	5,91	19,37	35,01	12,23	22,38	7,40	25,83	188,01	9,89	197,90	206,23
IV Quartal	49,25	15,81	6,53	17,54	35,27	12,40	22,49	7,54	25,85	192,78	13,66	206,44	216,29
Σ 1979	183,58	57,63	24,96	61,02	130,73	47,13	88,63	29,81	102,91	726,40	38,12	764,53	796,05
1980. I Quartal	47,05	13,89	7,20	8,95	31,14	11,78	22,74	7,82	26,25	176,83	7,20	184,03	190,08
II Quartal	47,39	14,35	6,30	15,42	31,07	12,50	23,13	7,75	26,33	184,23	7,70	191,93	199,30
III Quartal	45,58	14,74	6,09	19,57	35,69	12,85	23,58	7,72	26,40	192,24	11,22	203,45	211,63
IV Quartal	49,54	15,88	6,84	17,21	35,70	12,89	23,67	7,80	26,50	196,02	13,57	209,59	218,99
Σ 1980	189,56	58,86	26,43	61,15	133,60	50,03	93,12	31,09	105,48	749,32	39,69	789,00	820,00
1981. I Quartal	45,54	13,38	7,17	8,41	31,23	11,67	23,78	8,01	26,60	175,80	6,85	182,65	187,68
II Quartal	47,65	14,10	6,14	15,26	31,79	12,54	24,03	7,99	26,92	186,42	7,76	194,18	201,06
III Quartal	46,54	14,48	5,89	18,60	36,19	12,87	24,34	7,98	27,23	194,12	10,48	204,60	212,05
IV Quartal	49,46	15,39	7,15	16,34	35,60	12,98	24,36	8,00	27,18	196,46	12,74	209,20	218,06
Σ 1981	189,19	57,36	26,35	58,61	134,81	50,06	96,51	31,98	107,93	752,80	37,83	790,63	818,85
1982. I Quartal	46,18	13,50	7,28	7,77	31,47	11,87	24,68	8,05	27,17	177,97	7,22	185,19	189,87
II Quartal	48,41	14,17	6,24	14,41	31,61	12,68	24,91	8,02	27,43	187,88	8,17	196,05	202,46
III Quartal	46,23	14,33	6,09	18,06	36,47	12,95	25,19	7,98	27,70	195,00	11,65	206,65	213,55
IV Quartal	48,51	15,16	6,56	16,06	36,42	13,06	25,17	8,00	27,81	196,76	16,20	212,96	221,28
Σ 1982	189,33	57,16	26,17	56,30	135,97	50,56	99,95	32,05	110,11	757,61	43,24	800,85	827,16
1983. I Quartal	44,83	13,71	7,43	7,31	32,15	12,00	25,67	8,27	27,85	179,23	7,18	186,41	190,59
II Quartal	48,60	14,54	6,43	13,91	32,93	12,93	25,93	8,25	28,01	191,51	8,11	199,62	205,73
III Quartal	47,52	14,92	5,96	17,88	37,83	13,38	26,24	8,23	28,20	200,16	12,23	212,39	219,13
IV Quartal	50,65	16,08	6,90	16,62	39,44	13,63	26,15	8,24	28,24	205,95	14,43	220,38	229,26
Σ 1983	191,60	59,25	26,72	55,72	142,35	51,94	103,99	32,99	112,30	776,85	41,95	818,80	844,71
Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %													
1978. I Quartal	+ 0,8	- 2,6	- 4,8	+ 2,7	- 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3
II Quartal	+ 1,8	- 2,2	- 3,8	+ 2,1	- 2,6	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,9	+ 1,2	+ 5,9	+ 1,3	+ 0,9
III Quartal	+ 1,7	- 0,2	- 3,9	- 0,2	- 1,7	+ 6,3	+ 2,9	+ 2,6	+ 4,4	+ 1,3	+ 11,2	+ 1,9	+ 1,3
IV Quartal	+ 1,8	+ 0,1	+ 5,6	- 6,4	- 5,5	+ 5,5	+ 2,8	+ 1,8	+ 4,7	+ 0,3	+ 6,7	+ 0,7	- 0,3
Σ 1978	+ 1,5	- 1,2	- 1,8	- 1,1	- 3,2	+ 4,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 4,1	+ 0,9	+ 6,5	+ 1,1	+ 0,5
1979. I Quartal	+ 7,2	+ 6,2	+ 6,4	- 1,4	+ 7,2	+ 4,4	+ 5,9	+ 2,3	+ 4,1	+ 5,6	+ 3,7	+ 5,5	+ 5,1
II Quartal	+ 4,9	+ 5,2	+ 8,4	- 2,3	+ 7,3	+ 5,4	+ 5,8	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,6	+ 7,5	+ 4,7	+ 4,3
III Quartal	+ 8,4	+ 6,7	+ 10,5	+ 1,1	+ 4,6	+ 7,4	+ 5,9	+ 2,3	+ 3,0	+ 5,5	- 6,4	+ 4,8	+ 4,3
IV Quartal	+ 8,5	+ 6,4	+ 5,7	+ 3,2	+ 5,4	+ 6,1	+ 5,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 5,6	+ 4,7	+ 5,6	+ 5,2
Σ 1979	+ 7,2	+ 6,1	+ 7,6	+ 0,5	+ 6,0	+ 5,9	+ 5,8	+ 2,3	+ 3,3	+ 5,3	+ 1,9	+ 5,1	+ 4,7
1980. I Quartal	+ 7,8	+ 4,1	+ 8,9	+ 3,0	+ 4,8	+ 9,3	+ 4,6	+ 4,9	+ 2,8	+ 5,6	+ 6,5	+ 5,6	+ 5,6
II Quartal	+ 4,5	+ 2,6	+ 6,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 6,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,5	+ 3,4	- 1,4	+ 3,2	+ 3,0
III Quartal	+ 0,5	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 5,1	+ 5,4	+ 4,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 13,4	+ 2,8	+ 2,6
IV Quartal	+ 0,6	+ 0,5	+ 4,8	- 2,5	+ 1,2	+ 3,9	+ 5,3	+ 3,5	+ 2,5	+ 1,7	- 0,6	+ 1,5	+ 1,3
Σ 1980	+ 3,3	+ 2,1	+ 5,9	+ 0,2	+ 2,2	+ 6,1	+ 5,1	+ 4,3	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,0
1981. I Quartal	- 3,2	- 3,7	- 0,4	- 6,0	+ 0,3	- 1,0	+ 4,6	+ 2,5	+ 1,3	- 0,6	- 4,9	- 0,8	- 1,3
II Quartal	+ 0,5	- 1,7	- 2,4	- 1,1	+ 2,3	+ 0,3	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,9
III Quartal	+ 2,1	- 1,7	- 3,3	- 5,0	+ 1,4	+ 0,1	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,0	- 6,6	+ 0,6	+ 0,2
IV Quartal	- 0,2	- 3,1	+ 4,5	- 5,0	- 0,3	+ 0,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 0,2	- 6,1	- 0,2	- 0,4
Σ 1981	- 0,2	- 2,6	- 0,3	- 4,2	+ 0,9	+ 0,1	+ 3,6	+ 2,9	+ 2,3	+ 0,5	- 4,7	+ 0,2	- 0,1
1982. I Quartal	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,5	- 7,7	+ 0,8	+ 1,7	+ 3,8	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,2	+ 5,4	+ 1,4	+ 1,2
II Quartal	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,6	- 5,5	- 0,6	+ 1,1	+ 3,7	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,8	+ 5,3	+ 1,0	+ 0,7
III Quartal	- 0,7	- 1,1	+ 3,3	- 2,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 3,5	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,5	+ 11,2	+ 1,0	+ 0,7
IV Quartal	- 1,9	- 1,5	- 8,2	- 1,7	+ 2,3	+ 0,7	+ 3,3	+ 0,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 27,1	+ 1,8	+ 1,5
Σ 1982	+ 0,1	- 0,3	- 0,7	- 3,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 3,6	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,6	+ 14,3	+ 1,3	+ 1,0
1983. I Quartal	- 2,9	+ 1,6	+ 2,1	- 5,8	+ 2,1	+ 1,0	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,7	- 0,6	+ 0,7	+ 0,4
II Quartal	+ 0,4	+ 2,6	+ 2,9	- 3,5	+ 4,2	+ 2,0	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,9	- 0,8	+ 1,8	+ 1,6
III Quartal	+ 2,8	+ 4,1	- 2,0	- 1,0	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,6	+ 4,9	+ 2,8	+ 2,6
IV Quartal	+ 4,4	+ 6,1	+ 5,1	+ 3,5	+ 8,3	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,0	+ 1,6	+ 4,7	- 10,9	+ 3,5	+ 3,6
Σ 1983	+ 1,2	+ 3,7	+ 2,1	- 1,0	+ 4,7	+ 2,7	+ 4,0	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	- 3,0	+ 2,2	+ 2,1

¹⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen — ²⁾ Banken und Versicherungen Realitätenwesen Rechts- und Wirtschaftsdienste — ³⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer

Übersicht 1

HWWA-Rohstoffpreise und Wechselkurs

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	I. Quartal	1984 II. Quartal	1984 III. Quartal	1984 Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
<i>Dollarbasis</i>										
Rohstoffpreise insgesamt	— 16	+31.5	+47.9	+ 6.5	— 5.0	— 8.4	— 6.8	+ 1.8	— 0.8	— 1.8
ohne Energierohstoffe	— 7.2	+22.0	+13.7	—13.9	—13.2	+ 4.4	+12.9	+ 7.4	— 3.5	— 7.3
Nahrungs- und Genußmittel	—15.5	+11.0	+15.5	—16.2	—15.9	+10.1	+21.6	+15.3	— 3.6	— 8.6
Industrierohstoffe	+ 0.8	+30.9	+12.5	—12.4	—11.4	+ 0.8	+ 7.2	+ 2.2	— 3.5	— 6.3
Agrarische Industrierohstoffe	— 1.4	+27.4	+15.1	—10.9	—13.2	— 1.2	+12.9	+ 6.1	+ 0.3	— 4.4
NE-Metalle	+ 4.5	+39.4	+ 9.0	—15.7	—13.8	+ 7.6	+ 2.2	— 5.9	—12.4	—12.0
Energierohstoffe	+ 1.8	+36.9	+65.1	+13.6	— 2.9	—11.5	—11.4	+ 0.1	+ 0.0	— 0.1
<i>Schillingbasis</i>										
Rohstoffpreise insgesamt	—13.6	+20.6	+43.9	+30.9	+ 1.7	— 3.6	+ 4.9	+10.8	+ 9.5	+15.8
ohne Energierohstoffe	—18.7	+12.3	+10.2	+ 5.7	— 7.0	+10.3	+27.0	+16.9	+ 6.4	+ 9.3
Nahrungs- und Genußmittel	—26.0	+ 2.0	+12.0	+ 2.7	— 9.7	+16.5	+36.9	+25.5	+ 6.3	+ 7.8
Industrierohstoffe	—11.7	+20.6	+ 8.9	+ 7.7	— 5.1	+ 6.4	+20.6	+11.2	+ 6.4	+10.5
Agrarische Industrierohstoffe	—13.7	+17.5	+11.5	+ 9.4	— 7.0	+ 4.4	+27.0	+15.5	+10.6	+12.7
NE-Metalle	— 8.5	+28.5	+ 5.5	+ 3.8	— 7.7	+13.4	+14.9	+ 2.3	— 3.4	+ 3.8
Energierohstoffe	—10.5	+25.3	+60.8	+39.7	+ 4.0	— 6.9	— 0.3	+ 9.0	+10.4	+17.8
Schilling-Dollar-Kurs	—12.1	— 7.9	— 3.2	+23.1	+ 7.1	+ 5.3	+12.5	+ 8.9	+10.4	+17.9
Schilling-DM-Kurs	+ 1.6	+ 0.9	— 2.4	— 1.0	— 0.3	+ 0.1	+ 0.3	— 0.2	— 0.1	— 0.1

schnitt 1979 auf Dollarbasis um 31,5% höher als im Vorjahr. Die Preise nichtenergetischer Rohwaren erhöhten sich um 22%, Energierohstoffe um 36,9%. Während sich bei den nichtenergetischen Rohstoffen 1980 mit nachlassender Konjunktur der Preisauftrieb abschwächte, beschleunigte sich die Verteuerung bei den Energierohstoffen auf 65,1%.

1981 ließ die Abschwächung des Rohstoffbedarfs im Zuge der weltweiten Rezession die Notierungen für nichtenergetische Rohstoffe auf Dollarbasis im Laufe des Jahres stetig sinken. Von Dezember 1980 bis Dezember 1981 belief sich die Preisermäßigung auf 17,6%. Der Druck auf die Preise wurde durch das hohe Zinsniveau noch verstärkt, da es die Verarbeiter veranlaßte, die Rohstofflager gering zu halten. Auch die hohen Kurse für den Dollar und das britische Pfund förderten den Preisverfall, indem sie spekulativen Tendenzen den Boden entzogen. Der Preisrückgang war bei Nahrungs- und Genußmitteln am stärksten ausgeprägt, die Notierungen lagen auf Dollarbasis im Dezember 1981 um 24% unter dem Wert von Dezember 1980. Unter den Industrierohstoffen gaben die agrarischen Industrierohstoffe mit -18,6% am stärksten nach. Die Energierohstoffe entwickelten sich ruhig. Die Preisentwicklung wurde allerdings von starken Wechselkursschwankungen überlagert. Da sich die DM und damit auch der Schilling nach einer Periode der Aufwertung gegenüber dem Dollar wieder abschwächten, mußte die heimische Wirtschaft erneut wechselkursbedingte Verteuerungen der Rohstoffe hinnehmen. Im Jahresdurchschnitt war der Schilling-Dollar-Kurs um 23,1% höher als im Jahr 1981. Der DM-Dollar-Kurs stieg um 24,2%. Auf Schillingbasis waren nichtenergetische Rohstoffe um 5,7% teurer als im Vorjahr, die Notierungen für Energierohstoffe waren um 39,7% höher.

Auch 1982 standen die Rohstoffpreise unter Druck. Die lang anhaltende Stagnation der Weltwirtschaft brachte auf den internationalen Rohstoffmärkten tiefe Preiseinbrüche. Die Dollarpreise für nichtenergetische Rohstoffe gaben um 13,2% nach. Trotz Produktionseinschränkungen verbilligten sich die Industrierohstoffe um 11,4%. Rekordernten in der Landwirtschaft ließen die Agrarpreise noch stärker sinken: Nahrungs- und Genußmittel verbilligten sich um 15,9%, agrarische Industrierohstoffe um 13,2%. Die Dollarnotierungen für Energierohstoffe waren leicht rückläufig. Rohöl war Ende 1982 um 5,9% und Kohle um 9,9% billiger als im Dezember 1981. Die für die Stabilisierung im Inland günstigere Entwicklung der Weltmarktpreise wurde aber von einem Steigen der Schilling-Dollar-Relation um 7,1% (DM +7,5%) überlagert und konnte sich daher für die Importe nur in begrenztem Maß auswirken. Insgesamt haben sich die Rohwaren, deren Preise auf Dollarbasis laut HWWA-Index im Durchschnitt 1982 um 5% zurückgingen, auf Schillingbasis um 1,7% verteuert.

Nach zwei Jahren des Preisverfalls ließen die Erholung der Weltkonjunktur sowie schlechte Ernten in den wichtigsten Anbaugebieten die Rohstoffpreise 1983 wieder merklich steigen. Laut HWWA-Index haben die Preise nichtenergetischer Rohstoffe auf Dollarbasis von Jänner bis Dezember um 12,6% angezogen und erreichten damit wieder das Niveau von der Jahreswende 1981/82. Im I. Quartal lagen die Notierungen noch unter dem Vorquartalswert, im Durchschnitt 1983 jedoch übertrafen sie das Vorjahresniveau um 4,4%. Die Energiepreise wurden vom neuen Preisauftrieb nicht erfaßt. Entgegen den allgemeinen Erwartungen wurde der OPEC-Richtpreis für Erdöl im März 1983 von 34 \$ auf 29 \$ herabgesetzt. Die Energiepreise insgesamt gingen von Dezember 1982 bis